

Inflation

Jede Politik hat Kosten zur Folge

Das Résumé von Fussballlehrer Jürgen Klopp nach einem verlorenen Match seiner Mannschaft? «It is not a wish concert.» Vielleicht ist das auch der beste Kommentar, den man zur Wirtschaftspolitik nach dem jüngsten rapiden Anstieg der Inflationsraten in den Industrieländern geben kann. Selten zuvor ist die Inflation noch in der Rezession so stark angestiegen wie jüngst in den USA und in Europa. In den vergangenen neun Monaten nahm die Preissteigerungsrate in Amerika um 3,2, in der Euro-Zone um 1,9 und in der Schweiz um 1,6 Prozentpunkte zu.

Die Hintergründe dieser Entwicklung sind vielfältig. Allen voran sind es die Erdölpreise, die seit dem Tiefpunkt der Corona-Krise deutlich gestiegen sind. Aber auch andere Rohwaren und Vorprodukte haben preislich deutlich zugelegt. Vom Bauholz über Maiskolben bis zu Computerchips: Es gibt reale Engpässe, die zu Lieferschwierigkeiten und steigenden Preisen führen.

Ganz unerwartet kommt das alles nicht. Bereits vor mehr als einem Jahr haben wir darüber diskutiert, dass Corona zu Lieferengpässen führen könnte. Auch wissen wir, dass Rezessionen Zeiten beschleunigter Präferenzveränderungen bedeuten. Unerwarteter Mehrnachfrage stehen dann schnell einmal noch nicht ausreichende Produktionskapazitäten gegenüber.

Mehrnachfrage und übervolle Portemonnaies nach der Krise

All das trifft auf Konsumentinnen und Konsumenten, die dank staatlichen Unterstützungsmassnahmen mit übervollen Portemonnaies ausgestattet sind. Natürlich haben viele Haushalte die Mittel aus Kurzarbeitsgeld und staatlichen Zuwendungen gebraucht und auch ausgegeben. Gleichzeitig gibt es aber viele Haushalte, die in den vergangenen zwölf Monaten stark sparen konnten. Allein in den USA rechnet man mit



Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Erst wenn wir auch die Kosten unseres Handelns thematisieren, treffen wir die richtigen Entscheidungen.»

solchen Mitnahmeeffekten bei den besser verdienenden Haushalten in der Grössenordnung von 6 Prozent des Volkseinkommens. Da schaut so mancher nicht mehr so ganz genau aufs Preisschild, wenn er sich nach Monaten des Lockdowns wieder etwas gönnen darf.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit ist der aktuelle Inflationsanstieg aber nur temporär. Immerhin besteht der Grossteil unseres Warenkorb heute nicht mehr aus Gütern, sondern aus Dienstleistungen. Um die Inflation auf breiter Front ins Rollen zu bringen, müssen wohl erst die Löhne deutlich steigen.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft erzeugt Knappheiten

Dennoch sollten wir die höheren Preissteigerungsraten bei einigen Gütern als Mahnung verstehen, dass jeder Eingriff der Politik Kosten zur Folge hat. Devisenmarktinterventionen schwächen den Wechselkurs und machen Importe teurer als nötig. Tiefe Zinsen stützen die Konjunktur und führen über die Aufwertung von Immobilien und Aktien zu wachsender Vermögensungleichheit und tieferen zukünftigen Erträgen. Beides zusammen schafft die Voraussetzung für höhere Inflation.

Zudem erzeugt der ökologische Umbau der Wirtschaft durch die Politik ganz gewollt neue Knappheiten in der Realwirtschaft, an die wir heute wenig denken. So rechnet die chemische Industrie Deutschlands damit, dass sie nach dem Umbau so viel Strom verbrauchen wird wie heute das ganze Land. Das bedeutet nicht, dass Politik den Wählerwunsch nach mehr CO₂-Neutralität nicht umsetzen soll. Aber es bedeutet, dass wir ehrlich sein müssen mit uns selbst. Das mit dem «Foifer und dem Weggli» stimmt halt doch. Oder eben mit Jürgen Klopp: «It is not a wish concert.» Ob Devisenmarktinterventionen, Staatsausgaben oder Klimapolitik: Erst wenn wir auch die Kosten unseres Handelns thematisieren, treffen wir die richtigen Entscheidungen.

MEHRWERT (210)

Diversität schützt vor Bussen

ESTHER-MIRJAM DE BOER

Was ist das Gegenteil von Diversität? Ich stelle diese Frage allen, die von mir wissen wollen, weshalb Vielfalt gut fürs Geschäft sei. Als Gegenteil von Vielfalt wird Uniformität, Langeweile, Einigkeit und Monotonie genannt. In der Natur bedeutet es Monokultur und Inzucht. Die Folgen davon sind Risiken wie spezialisierte Schädlinge, Ertragsrückgänge und erhöhter Düngemittelbedarf sowie Anfälligkeit für Krankheiten – bei der Inzucht kommen die sinkende Lebenserwartung und eine Zunahme von Fehlbildungen hinzu. Die industriell optimierte Landwirtschaft verbraucht viele Ressourcen, um hohe Erträge zu erzielen. Inzucht hat in Familien anfänglich auch Vermögen zusammengehalten. Doch am Ende macht die Ausgrenzung von fremdem Erbgut schwach, kurzlebig und schwachsinnig. Das Gegenteil von Diversität ist kein nachhaltiger Zustand.



«Die Schablonen für Mitarbeitende sind eng geworden.»

Schauen wir auf die Wirtschaft: Die durchschnittliche Lebensdauer eines Unternehmens hat sich dramatisch verkürzt: Einem typischen S&P-500-Unternehmen wurden in den 1960er Jahren gut 60 Jahre prognostiziert. Heute sind es angesichts der sich schnell verändernden Unternehmenslandschaft jedoch nur noch 18 Jahre, wie eine Harvard-Studie zeigt. Nun mag man zu Recht einwenden, heute würden sich wesentlich mehr Frauen einbringen und der Vergleich hinke deshalb. Doch darum geht es gar nicht.

Die Wirtschaft hat in Jahrzehnten von Optimierungsarbeit die Prozesse, Produkte und Personenprofile derart perfektioniert, dass jede Abweichung vom Ideal Störungen verursacht. Die Schablonen für gute Mitarbeitende und Entscheidungen sind eng geworden, weil man auf Nummer sicher gehen will. So haben es junge und reife Talente schwer – und auch solche, die nicht den idealtypischen Werdegang aufweisen. Es gibt Bedenken und Zweifel allem und allen gegenüber, die nicht der Norm und Erwartung entsprechen. Das führt zu Dekadenz und daran ist bekanntlich schon das alte Rom zugrunde gegangen. Als Beispiel mag eine andere Harvard-Studie dienen, die nachweist, dass Banken mit Führungsteams, die die Demografie besser widerspiegeln, erheblich weniger Bussen für Fehlverhalten zahlen müssen.

Esther-Mirjam de Boer, Mitglied Verband Frauenunternehmen, ChefIn Getdiversity.

Kryptos Was macht der eRMB mit China?

Viele Zentralbanken prüfen immer noch die Möglichkeit, eine digitale Währung herauszugeben. China hat bereits seit dem letzten Jahr mit einer Reihe von Pilotprojekten eine solche Währung eingeführt. Der eRMB wird nicht dazu beitragen, die globale Dominanz des Dollar herauszufordern. Seine eigentliche Bedeutung liegt vielmehr in seinem Potenzial, das Gleichgewicht zwischen Chinas Technologiegiganten und den traditionell staatseigenen Banken zu verändern – und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Banken zu verbessern.

Die Pilotprojekte sind durch eine zweischichtige Struktur mit «kontrollierter Anonymität» gekennzeichnet. Dabei gibt die Chinesische Volksbank, die Zentralbank des Landes, eRMB an eine genehmigte Gruppe grosser staatseigener Banken und anderer ausgewählter Finanzinstitute heraus, die das Geld dann den Haushalten und Unternehmen zur Verfügung stellen – also letztlich den Zielgruppen dieser Digitalwährung. Im Gegensatz zu anderen bei den Zentralbanken diskutierten Digitalwährungen führen die chinesischen Firmen und Haushalte kein eRMB-Konto direkt bei der Volksbank, was diese vor möglichen Störungen schützt.

Die ausgewählten Finanzinstitute sehen nur einen Teil des digitalen Fussabdrucks der Personen oder Unternehmen – wenn sie beispielsweise Mittel mithilfe von eRMB einzahlen oder abheben – und sie sollen die Informationen auch nicht länger als benötigt aufbewahren. Dies ist der «anonyme» Teil der «kontrollierten



«Mit staatlichem Kryptogeld nimmt China Alibaba und Co. ins Visier.»

Shang-Jin Wei
Professor, Columbia University

Anonymität». Der «Kontrollteil» hingegen besteht darin, dass die Volksbank die gesamte Historie der Bewegung einer bestimmten eRMB-Einheit sehen kann.

Wenn die Steuern mit der digitalen Währung bezahlt werden müssen

In den Pilotprojekten wurden eRMB als digitale Geschenke an zufällig ausgewählte Personen verteilt. Bei einer flächendeckenden Verbreitung wird die Regierung mehrere Werkzeuge nutzen können, um die Zielgruppen zu einer stärkeren Verwendung der Währung zu ermutigen. Beispielsweise könnte sie die Gehälter der Angestellten der Regierung und der staatseigenen Konzerne – etwa 15 Prozent aller Arbeitskräfte – sowie die öffentlichen Pensionen in eRMB auszahlen. Ausserdem könnten auch öffentliche Beschaffungsprogramme, Transfers an gering verdienende Haushalte und Subventionen für Unternehmen in der neuen Währung

stattfinden. Und die Regierung könnte ihre Bürger verpflichten, einen immer höheren Anteil ihrer Einkommenssteuer in eRMB zu zahlen.

Wie bedeutend wird der digitale Renminbi sein? Eine bedeutende Folge des eRMB ist die Möglichkeit, das Machtgleichgewicht zwischen den Banken und den Technologiekonzernen des Landes zu verändern. Über die kontrollierte Anonymität des eRMB würde die chinesische Volksbank eine Möglichkeit bekommen, das zu überwachen, was normalerweise für Banken unsichtbar ist.

Die Daten über Umsatz- und Kostensteigerungen wären jedenfalls hochwertig, da sie eine volkswirtschaftsübergreifende Transaktionshistorie umfassen würden. So könnte die Volksbank die Kreditwürdigkeit möglicher Schuldner einschätzen und diese Bewertungen preiswert oder gratis an die Geschäftsbanken weitergeben, die damit den Informationsvorsprung der Technologiekonzerne verringern könnten.

DIALOG



HZ online 15.5.2021
«Klimaforscher Reto Knutti im Interview: Es gibt kein Recht, Klimawandel zu verursachen»
Es gibt auch kein Recht, die Gründe für den Klimawandel den Menschen in die Schuhe zu schieben. Klimaveränderung gab es seit dem Bestehen der Erde.
Andreas Stalder

Die Aussage ist so dermassen absurd, das scheint keiner mehr zu merken.
Maverin Leutschenbach

Reto Knutti sagt: «Es ist nicht unsere Aufgabe, der Politik zu sagen, was sie zu tun hat.» Ihr könnt doch nicht einfach die Aufgaben anderen überlassen! Letztlich fördert die Öffentlichkeit die Wissenschaft – und zwar nicht zum Eigennutz der Wissenschaftler, sondern zum Wohle aller!
Peter Stocker



HZ online 12.5.2021
«Diese Kryptobörse erlaubt Bitcoin-Handel ohne Registrierung»
Ein jazziges Videointerview mit #Startup-Founder @julian_liniger von Relai in der «Handelszeitung». Ganz gut gemacht!
Die Message an die #Banken bringt Julian mit einem verschmitzten Lächeln. (Btw: gesponsert von der Credit Suisse.)
Lars Diener Kiemmich
@ludensfaber

HZ online 6.5.2021
«Die Betriebsrechnung der Bauern»
Der Markterlös aller Agrarbetriebe im Land beträgt laut @Handelszeitung 11,4 Milliarden Franken pro Jahr. Nach Abzug der Kosten für Produktionsmittel und Abschreibungen bleiben 2,2 Milliarden Gewinn. Vom Bund fließen 3,5 Milliarden an die Bauern. 5,7 Milliarden also für 150 000 Beschäftigte und 50 000 Betriebe.
Reto Lipp
@retolipp



HZ online 30.4.2021
«Grafik der Woche: Die Mehrheit der Eigenheime gehört den über Sechzigjährigen»
Gerade wenn man bedenkt, dass Eigentum massgeblich zur Vermögensbildung beiträgt: eine kleine Katastrophe für die junge Generation der Dreissig- bis Fünfzigjährigen.
Oliver Didier Zachus

HZ online 18.4.2021
«USA kritisieren Währungspolitik der Schweiz»
Weil sie stur nach gewissen Werten bewerten, welche der Schweiz nicht gerecht werden. Nicht umsonst haben wir die stärkste und stabilste Währung weltweit, und das seit Jahrzehnten.
Martin Müller

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:
E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel